

Michendorfer **BLICK**



Mitteilungsblatt der SPD Michendorf für die Gemeinde Michendorf mit
Fresdorf, Langerwisch, Michendorf, Stücken, Wildenbruch und Wilhelmshorst

8. Ausgabe
März 2019



Foto: Marianne Baer

Container-Kita am 25.02.19 – Draußen sind die Bauarbeiten für die Außenanlagen in vollem Gange. Drinnen spielen schon die ersten Kinder.

Kindertagesbetreuung in Michendorf

Die neue provisorische Kita in Containern im Ortsteil Wilhelmshorst ist kein schöner Anblick. Sie steht mitten im Ort und wirkt wie ein Fremdkörper. Aber trotzdem ist es gut, dass wir sie haben. Egal ob der Bürgermeister die Zeit verschlafen hat, jetzt können mehr Kinder in der Gemeinde an der frühkindlichen Bildung und Betreuung in Kitas teilnehmen. Insbesondere viele Frauen sind erleichtert, dass sie nicht wegen eines fehlenden Kita-Platzes ihre berufliche Entwicklung zurückstellen müssen.

Aber weniger Begeisterung ruft hervor, dass diejenigen, die die neue provisorische Container-Kita nutzen müssen, bis zu 230,- Euro monatlich mehr zahlen müssen, als die Glücklichen, die einen Kita-Platz in einer gemeindlichen Einrichtung erhalten haben. Dies ist eine Ungerechtigkeit,

die so nicht bestehen muss. Es ist völlig unverständlich, warum die Gemeindeverwaltung im Rahmen des Vertrages mit den Trägern der Container-Kita nicht vereinbart hat, dass die Elternbeitragsatzung der Gemeinde anzuwenden ist. Dies ist in anderen Gemeinden übliche Praxis. Zwar ist auch die gemeindliche Satzung weiterhin rechtlich zweifelhaft, weil bis zu sechs Stunden als Höchstbetrag 300,- Euro zu zahlen sind und über sechs Stunden 310,- Euro (zum Beispiel für 10 Stunden Betreuung), was gegen das Gebot der Staffelung nach Betreuungsumfängen verstößt, aber es sind immerhin nicht 540,- Euro für mehr als sechs Stunden monatlich. Die SPD wird sich in der Gemeindevertretung dafür einsetzen, dass die Gebührenungerechtigkeit in Michendorf beendet wird. Hoffentlich gibt es dafür auch eine Mehrheit.

Zum Inhalt

<i>Kindertagesbetreuung in Michendorf</i>	1
<i>Resümee: Wahlperiode 2014–2019</i>	2
<i>Michendorf – mitten in Europa</i>	3
<i>Vorläufige Haushaltsführung</i>	3
<i>kurz informiert</i>	3
<i>Radwegneubau</i>	4
<i>Demokratische Mitbestimmung – Leitfaden für die SPD</i>	4

Liebe Mitbürgerinnen, liebe Mitbürger, gerne möchte ich mich Ihnen kurz vorstellen. Mein Name ist Martin Kaspar, ich bin 37 Jahre alt, seit sieben Jahren verheiratet mit meiner Frau Sandy. Nach drei Jahren in Berlin haben wir einen Ort zum Ankommen gesucht und Anfang 2017 in Michendorf (Wildenbruch) eine neue Heimat für uns, unseren Sohn Simon und Hund „Rumo“ gefunden.



Martin Kaspar, Foto: Dirk Pagels

Ich habe in Konstanz Verwaltungswissenschaften studiert und arbeite seit zweieinhalb Jahren im Deutschen Bundestag. Aber mein Herz schlägt für die Kommunalpolitik. Zunächst als Gemeindevertreter in Dornstadt (2004-2009), später als Fachbereichsleiter und persönlicher Referent des Oberbürgermeisters der Stadt Schwäbisch Hall (2011-2013). Man ist nah dran. Merkt sofort, wenn etwas gut – oder auch wenn etwas schlecht läuft. Das ist der Reiz von Kommunalpolitik und ist meine Motivation, meine neue Heimat mitzugestalten. Sie besser machen zu wollen.

Das Bundesverfassungsgericht hat erst kürzlich das Wahlrecht als das „vornehmste Recht im demokratischen Staat“ bezeichnet. Machen Sie von diesem Recht Gebrauch. Mein Bitte: Gehen Sie am 26. Mai wählen. Wählen Sie demokratisch. Wählen Sie pro europäisch. Wählen Sie engagierte Kandidatinnen und Kandidaten der SPD für die Gemeindevertretung, den Kreistag und die Ortsbeiräte.

Mit herzlichen Grüßen
Martin Kaspar,
stv. Ortsvereinsvorsitzender und
Bürgermeisterkandidat

Resümee:

Wahlperiode 2014 bis 2019: Vieles lief nicht rund in Michendorf!

Erinnern Sie sich noch: Die neue Wahlperiode begann in Michendorf 2014 gleich mit einem Paukenschlag. Die Wahl am 25. Mai 2014 musste abgesagt werden, weil der **Wahlzettel falsch gedruckt** war.

Nach der Wahl entstand eine feste Partnerschaft zwischen der CDU und der FBL/UWG, die praktisch die gesamte Wahlperiode für Bürgermeister Reinhard Mirbach (CDU) – mit wenigen Ausnahmen – sichere Mehrheiten im Gemeindeparlament garantierte. Diese Mehrheit führte dann zu manchen Problemen, die hier nur beispielhaft genannt werden können:

„Als Vorsitzender des WAZV Mittelgraben bin ich dafür, als Bürgermeister bin ich dagegen, als Einwohner habe ich Widerspruch eingelegt“, so unser Bürgermeister Reinhard Mirbach Ende 2015 als es um die **Nachzahlungen für Abwasseranschlüsse an den WAZV Mittelgraben** in teilweise beträchtlicher Höhe ging. In der Gemeindevertretung wurde dem SPD-Antrag nicht gefolgt, den Vollzug der Bescheide auszusetzen. Viele Michendorferinnen Michendorf mussten Kredite aufnehmen. Wie sich später herausstellte, war alles rechtswidrig, was hier von der CDU- und FBL/UWG-Mehrheit mit getragen wurde.

Neue Baugebiete, neue Wohnungen und viele junge Familien in Michendorf! Ein Grund zur Freude, wenn frühzeitig auch an die notwendigen **Kita- und Schulplätze** gedacht worden wäre. Aber nein, statt einen neuen großen Sozialstandort an geeigneter Stelle zu entwickeln und den Ausbau der Schulen mit Priorität zu betreiben, wird ein von Anfang an zu kleiner Sanierungsfall in Michendorf für eine neue Kita gekauft, der überhöhte Kosten verursachen würde. Die SPD und andere wiesen in der Gemeindevertretung nachdrücklich auf die weiterhin fehlenden Kita-Plätze hin. Jetzt mussten in **Wilhelmshorst Container für eine provisorische Kita** aufgestellt werden, was zweifellos vermeidbar gewesen wäre.

Als nächstes denke man an den **Verlust von rund 1,4 Mio. Euro an Mieteinnahmen**, der Folge krimineller Machenschaften in der SRS Wohnungsgesellschaft über 7 Jahre sein soll. Die CDU und FBL/UWG konnten sich einer vertieften Aufklärung nicht entziehen, sahen sogar schwerwiegende Fehler beim Bürgermeister hinsichtlich der Wahrnehmung seiner Kontrollaufgaben, aber echte Verantwortung wurde nicht übernommen, sondern darauf zugesteuert, die gemeindlichen Wohnungen endlich los zu werden.

Allein diese 1,4 Mio. Euro übersteigen die Einnahmen aus Abgabenerhöhungen, die die CDU- und FBL/UWG-Mehrheit – teilweise gegen den erbitterten Widerstand der SPD und anderer Fraktionen – seit 2014 durchgesetzt haben. Die Liste der Erhöhungen ist lang: Die **Grundsteuern wurden**

erhöht, die Kita-Gebühren entgegen dem landesweiten Trend angehoben, die Friedhofsgebühren stiegen gar um umgerechnet bis zu 300%. Jetzt sollen auch noch die **gemeinnützigen Vereine** zur Kasse gebeten werden, wenn sie die Gemeindezentren



Marianne Baer Foto: privat

nutzen wollen. Gleichzeitig liegen auf den Konten der Gemeinde über 7,0 Mio. Euro.

Schließlich noch ein Beispiel: Die **gewog-Geschichte**. Es ist nicht falsch, sich an einer Wohnungsgesellschaft zu beteiligen, aber die Konditionen müssen stimmen. Aber schlimm ist es, wenn der Bürgermeister in der Gemeindevertretung den Eindruck erweckt, er werde das Bürgerbegehren gegen den gewog-Beitritt abwarten, bevor er den Beitritt vollzieht. Diesmal gab es keine Mehrheit für ihn, denn selbst innerhalb der CDU-Fraktion wurde nicht mehr einheitlich abgestimmt, sondern ein Abweichler **missbilligte ebenfalls das Verhalten des Bürgermeisters**.

Es ist Wahlkampf, keine Frage.

Am 26. Mai 2019 wird noch nicht über den Bürgermeister abgestimmt. Aber Sie entscheiden über die Mehrheiten in der Gemeindevertretung. Die CDU-Fraktion und die FBL/UWG-Fraktion haben fast alles mitgemacht, was Bürgermeister Reinhard Mirbach präsentiert hat. Die neue Fraktion „Bündnis für Michendorf“ neigte ebenfalls dazu, insbesondere ihre Vorsitzende, aber es gab auch deutliche Differenzen. Die SPD-Fraktion hat Kurs gehalten. Sie hat sich stets konstruktiv und sachlich an den Diskussionen beteiligt, wurde aber zum Teil heftig, auch emotional angefeindet, weil sie eben nicht jede Scheinlösung und jeden Irrweg des Bürgermeisters mitgegangen ist. Auch für die neue Wahlperiode wird für die SPD gelten: Es gibt Probleme, die nachhaltig und wirksam gelöst werden müssen. Dafür übernehmen wir gerne Verantwortung!

Unser Wahlprogramm:



Michendorf – mitten in Europa



„Freie Wahlen“, so lautete im Herbst 1989 eine der zentralen Forderungen. Die Beteiligung bei der ersten und zugleich letzten freien Volkskammerwahl lag dann auch bei imposanten 93,4 Prozent.

Davon ist man bei Wahlen zum Europäischen Parlament weit entfernt. Warum verschenkt über die Hälfte der Menschen ihre Stimme? Ist es etwa egal, wer in der einzigen direkt gewählten EU-Institution sitzt?

Nein, ist es nicht! Das kann ich Ihnen aus meiner fünfjährigen Arbeit im Europaparlament versichern. Es macht einen großen Unterschied, ob etwa Liberale oder Konservative das Sagen haben, die beispielsweise die Wasserversorgung privatisieren und Arbeitnehmerrechte beschneiden wollen, oder ob fortschrittliche Kräfte in der Mehrheit sind. Ist also EU-Politik für die Bürgerinnen und Bürger zu weit weg?

Gefühlt vielleicht, praktisch aber ganz und gar nicht. Vom Aufstehen bis zum Schlafengehen begleiten uns, oft unbewusst, wichtige europäische Gesetze, z. B. zum Schutz des Trinkwassers und zur Lebensmittelsicherheit. EU-Regeln sind der Grund für verlängerte Garantieleistungen bei Waren oder Entschädigungen bei Zugverspätungen und Flugausfällen. Verbindliche Natur- und Umweltschutzbestimmungen sorgen auch in Michendorf und seinen Ortsteilen für Lebensqualität. Und nicht zuletzt ist die Europäische Union immer noch ein ganz großes Friedensprojekt. Doch dieses Projekt wird von Nationalisten in seiner Existenz bedroht. Das Brexit-Chaos zeigt, wie schnell sicher geglaubte Errungenschaften durch Populismus zerstört werden können.

„Die EU“, das sind nicht die Beamten in Brüssel oder die (noch) 28 Mitgliedstaaten. „Die EU“ sind wir alle, die über 500 Millionen Bürgerinnen und Bürger. Es liegt an uns, dieses großartige Projekt zu unterstützen und weiterzuentwickeln!



Europaabgeordnete Susanne Melior und SPD-Bürgermeisterkandidat Martin Kaspar freuen sich über 317 000 Euro Förderung aus Brüssel für den dringend notwendigen Radweg entlang der L73 zwischen Fredsdorf und Stücken. Baubeginn und Fertigstellung sind für dieses Jahr geplant.

Vorläufige Haushaltsführung



Nicht nur in den USA, auch in Michendorf herrscht „Shut-down“. Die Kommunalaufsicht hat den durch die Gemeindevertretung am 26. November beschlossenen Haushalt 2019

nicht genehmigt. Seitdem darf die Gemeinde nur noch Zahlungen vornehmen, zu denen sie rechtlich oder vertraglich verpflichtet ist. Anders als in den Vereinigten Staaten, muss also keine KiTa schließen und begonnene Baumaßnahmen dürfen fortgeführt werden. Aber: freiwillige Leistungen dürfen nicht getätigt und neue Investitionen müssen aufgeschoben werden. Vor allem für die geplante Sanierung der Grundschule Michendorf ist das eine schlechte Nachricht.

Wie konnte es dazu kommen? Ein kurzer Erklärungsversuch:

- **Juli 2016:** Der SRS-Skandal wird bekannt. In der Folge muss die Gemeinde ca. 1,4 Mio. Euro abschreiben. Das entspricht in etwa aller in 2017 zahlungswirksam gewordenen Investitionen (1,38 Mio. Euro) oder fast 5 Prozent aller Ausgaben eines Jahres.

- **April 2017:** Der Sportplatz Hellerfichten wird für über 3 Mio. Euro gebaut. Ein Antrag auf Zuschuss aus dem Landesprogramm wird wegen Verfahrensfehlern (falscher Antragsteller) nicht genehmigt; ein Antrag auf Förderung durch den Bund (Förderung bis zu 1,5 Mio. Euro) wird gar nicht erst gestellt.

- **November 2018:** Zusammen mit dem Haushalt beschließt die Gemeindevertretung den Schulerweiterungsbau in Michendorf mit ca. 7,7 Mio. Euro. Ein Antrag auf Förderung durch den Bund wird wieder nicht gestellt. Er habe keine Aussicht auf Erfolg. Das entsprechende Programm fördert zwar in der Tat keine Erweiterungsbauten, aber auch einzelne Bauabschnitte, wenn dort eine Sanierung stattfindet. Versuchen hätte man es wenigstens können. Zwar ist es richtig, dass der Haushalt auch strukturell stärker ausgeglichen werden muss. Wer sich aber derart oft eine mögliche Geldspritze entgehen lässt, muss sich am Ende nicht wundern, wenn keines mehr da ist. Schade nur, dass andere für dieses Versäumnis am Ende gerade stehen müssen.

kurz informiert

Straßenausbaubeiträge abschaffen

Die rot-rote Mehrheit im Landtag plant, die Straßenausbaubeiträge abzuschaffen. Als SPD-Michendorf unterstützen wir die Abschaffung, denn die Ausbaubeiträge sind und waren immer ein Hauptstreitpunkt bei der Sanierung von Straßen und Wegen. Natürlich muss der Ausbau wegen der fehlenden Einnahmen jetzt noch sorgfältiger geplant werden.

Gemeinschaftsunterkunft in Michendorf (ehemaliges SensConvent-Hotel):

Am 18. Februar teilte der Landkreis mit, dass das ehemalige SensConvent Hotel nunmehr ab Juni bezogen werden soll. Wichtig ist, dass Inbetriebnahme und Belegung schrittweise erfolgen, um eventuelle Probleme frühzeitig zu erkennen. Begrüßenswert ist auch, dass der Landkreis auf eine gute Durchmischung von Familien und Alleinstehende achten möchte. Angesichts der angespannten KiTa-Situation in unserer Gemeinde sieht die SPD Michendorf den Landkreis in der Pflicht, seine Zusagen schnell umzusetzen und zusätzliche Plätze zu schaffen. Wir begrüßen die geplante Einwohnerversammlung und den Tag der offenen Tür. Transparenz und Fakten sind das wichtigste und wirksamste Mittel gegen Ängste und Vorbehalte.

vorgemerkt

Gute Kita – Gute Schule

Am 3. April ab 19 Uhr kommt Bildungsministerin Britta Ernst nach Michendorf ins Gemeindezentrum Apfelbaum. In einem Bürgerdialog wird sie die Aktivitäten des Bundes und des Landes zur Bildungsqualität erläutern. Zugleich wird Martin Kaspar, SPD-Bürgermeisterkandidat für Michendorf, erläutern, wie er die Weiterentwicklung der Schulen und der Kindertagesstätten in Michendorf fördern will.

Radwegneubau Langerwisch – Saarmund

Der Bau des dringend benötigten Radweges zwischen Langerwisch und Saarmund soll in diesem Herbst beginnen. Der Baustart wird durch ein Sumpfgebiet verhindert. Die Bauzeit wird voraussichtlich ein Jahr betragen. Die Zeit drängt, weil die europäischen Fördermittel von rund 500 000 Euro bis Ende 2020 abgerufen sein müssen. Nach Ablauf der Frist ist fraglich, ob eine Finanzierung in absehbarer Zeit noch möglich sein wird. An der Einfahrt zum Blumengroßmarkt Landgard ist ein Sumpfgebiet entstanden, weil von dort jahrelang eine Regenwasserentwässerung in Richtung der Landesstraße (L77) erfolgte. Dieser Sumpf muss für den Radwegbau beseitigt werden. Es ist eine Ableitung des Regenwassers durch ein Rohr in den Mittelgraben auf der gegenüberliegenden Seite der L77 geplant. Hierfür sind eine Einigung mit der Eigentümerin der Wiesen, Genehmigungen von der Unte-



Dieser Sumpf verhindert den Bau des Radweges und muss beseitigt werden. Foto: MB

ren Wasserbehörde und Verhandlungen mit dem Wasser- und Bodenverband Nuthe-Nieplitz erforderlich.

Am 18. Februar informierte der Bürgermeister, dass die Verträge zwischen den Beteiligten kurz vor der Unterzeichnung stehen und dem planmäßigen Bau des Radweges wohl nichts mehr im Wege liegt oder steht.

Marianne Baer, stv. SPD-Ortsvereinsvorsitzende: „Der Versuch, auf der L77 Rad zu fahren, ist lebensgefährlich. Michendorfer Kinder, die auf dem Sportplatz in Saarmund trainieren, müssen mit dem Auto transportiert werden, weil sie diesen kurzen Weg nicht mit dem Fahrrad fahren können. Der Bau des Radweges muss noch in diesem Jahr begonnen werden. Ich erwarte, dass sich der Bürgermeister weiterhin aktiv dafür einsetzt. Diese einmalige Chance darf nicht im Sumpf der Verantwortlichkeiten versinken.“

Demokratische Mitbestimmung – Leitfaden für die SPD

Misswirtschaft führte zum Missstand.

Wegen des SRS-Skandals 2016, bei dem 1,4 Millionen Euro aus dem Haushalt der Gemeinde veruntreut wurden, diskutierten Gemeindevertreter über die Zukunft der kommunalen Wohnungen in der Gemeinde. Der Missstand sollte durch eine Arbeitsgruppe aufgearbeitet werden. Ein beauftragter Wirtschaftsprüfer legte einen Abschlussbericht vor und es erfolgte eine öffentliche Entschuldigung.

Entschuldigungen statt Umdenken.

In einer weiteren Arbeitsgruppe wurden Alternativen für die Bewirtschaftung der 80 Wohnungen gesucht. Ziel konnte und sollte dabei aus Sicht der SPD sein, den kommunalen Wohnungsbestand künftig so zu bewirtschaften, dass sowohl dessen Bestand als auch dessen sozialverträgliche Vermietung gesichert wird. Wenn dies „auf Augenhöhe“ mit einem Partner am besten umzusetzen sei, dann wäre ein Einwand nicht erfolgt. Doch bereits in der ersten Sitzung präsentierte der Bürgermeister die Geschäftsführung und empfahl, die Immobilien der Gemeindlichen Wohnungsgesellschaft Kleinmachnow mbH -gewog- zu übertragen.

sellschaft Kleinmachnow mbH -gewog- zu übertragen.

Ein Bürgerbegehren war erfolgreich.

Im August/September 2018 fand für uns folgerichtig ein erstes Bürgerbegehren statt. Das amtliche Ergebnis lautete: eine Stimme fehle für einen erfolgreichen Abschluss. Die SPD gemeinsam mit der Linken, FDP und den Grünen forderte nachdrücklich eine Überprüfung der Bewertung der vielen als ungünstig erklärten Unterschriften. Diese Forderung scheiterte an der Unwilligkeit einer kleinen Mehrheit von Gemeindevertretern aus CDU, FBL/UWG und Bündnis für Michendorf. Der Bürgermeister gab in der Aussprache am 05.11.2018 das Versprechen ab, „keine Fakten zu schaffen“. Im Oktober 2018 startete das zweite Bürgerbegehren. Die Bürgerinnen und Bürger der Gemeinde Michendorf haben sich mit überwältigenden 1950 Unterschriften für einen Bürgerentscheid ausgesprochen. Dieses Ergebnis haben auch alle Mitglieder der Gemeindevertretung in der Sondersitzung am 21. Januar 2019 per Beschluss anerkannt.

Ein Bürgerentscheid fand nicht statt.

Die Kommunalaufsicht stellte fest, dass das Bürgerbegehren unzulässig sei und ein gesetzeswidriges Ziel verfolge. Zu dieser Einschätzung kam sie allein deshalb, weil der Bürgermeister den notariellen Vertrag bereits unterschrieben hatte, ohne das Ergebnis des Bürgerbegehrens abzuwarten. Er hatte damit vor der Prüfung der Kommunalaufsicht vollendete Tatsachen geschaffen. Das Verwaltungsgericht Potsdam stellte im Beschluss auch nur noch fest, dass es kei-

nen Grund (mehr) gibt, dem Handeln Einhalt zu gebieten. Wir sahen mit dem Bürgerbegehren die Chance, die Über-eignung der Wohnungen zu stoppen. Dieser Weg ist versperrt. Eine zentrale demokratische Grundregel wurde durch das wortbrüchige Handeln des Bürgermeisters ausgehebelt.



Andrea Heiser-Reichert
Foto: privat

Demokratie bleibt Leitfaden.

Die Initiatoren beschreiten nun den Weg einer erneuten Klage vor dem Verwaltungsgericht Potsdam. Es ist ungewiss, ob das Gericht der Argumentation der Initiatoren des Bürgerbegehrens folgen wird. Doch ein öffentlicher Wortbruch, der einen Akt der direkten Demokratie blockiert hat, darf nicht ungeahndet bleiben.

Der Anspruch der SPD bleibt, dass die Bürgerinnen und Bürger demokratisch mitbestimmen können. Transparenz und eine respektvolle Streitkultur sind dafür Grundvoraussetzung. Wir laden Sie dazu ein. Gehen Sie auf unsere Kandidaten zu, fragen Sie uns, lassen Sie sich informieren und verschaffen Sie sich einen Überblick. Herzlich willkommen.

Impressum

Herausgeber und V.i.S. d. P.:
SPD Ortsverein Michendorf,
Volker-Gerd Westphal,
Telefon 0160/4717449,
www.spd-michendorf.de

Satz/Layout: www.uniwerbsum.de
Telefon 0151/ 54 89 22 59